

Berlin, den 14./15./16. 07. 2017

Offener Brief an die Neuköllner Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses von SPD, Bündnis90/Die Grünen und Die Linke

Rechte Gewalt in Neukölln

Wir Neuköllnerinnen und Neuköllner sind entsetzt über die ungebrochene Serie von Gewalttaten aus der rechten Szene gegenüber Bewohnerinnen und Bewohner unseres Bezirks, die seit Jahren stattfindet und in den letzten Monaten einen neuen Höhepunkt erreicht hat.

Seit Mai 2016 hat die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus bis zum heutigen Monat Juli 2017 insgesamt 47 gezielte rechtsmotivierte Straftaten gegenüber Mitbürgerinnen und Mitbürger gezählt, die sich für ein tolerantes und demokratisches Miteinander engagieren. Unter diesen Straftaten befanden sich allein 14 Brandanschläge, die z. T. die Gefährdung von Gesundheit und Leben der Angegriffenen bewusst in Kauf genommen haben.

Diese Anschläge richten sich nicht nur gegen die direkt Betroffenen. Vielmehr stellen sie für alle Neuköllnerinnen und Neuköllner eine Bedrohung dar, die sich für ein lebendiges Miteinander in unserem kulturell vielfältigen Bezirk einsetzen.

Die vielfältigen Initiativen und Aktivitäten der letzten Jahre haben gezeigt, dass kulturelle Unterschiede überbrückbar sind und ein buntes und lebenswertes Gemeinwesen aus Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Lebensformen sich entwickelt. Neukölln hat sich aufgrund dieses zivilgesellschaftlichen Engagement zu einem Ort entwickelt, der für viele Städte und Gemeinden mittlerweile ein positives Vorbild darstellt, wie trotz existierender Armut und hohem Konfliktpotential ein gesellschaftliches Miteinander an die Stelle eines Gegeneinanders tritt, wie Gemeinsames gegenüber Trennendem in den Mittelpunkt gerückt wird.

Diese Entwicklung soll durch die rechten Gewalttaten aufgehalten und in ihr Gegenteil verkehrt werden. Angst und Hass sollen an die Stelle von Verständigung und gegenseitiger Hilfsbereitschaft treten. Unterordnung und Ausgrenzung sollen die Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe zerstören.

Wir werden uns durch diese menschenfeindlichen Angriffe in unserem Engagement für ein vielfältiges und lebenswertes Neukölln nicht aufhalten lassen.

Wir fordern aber auch die politische Unterstützung unserer gewählten Vertreterinnen und Vertreter ein. Dazu gehört auch, dass dieses Engagement auf rechtsstaatlichen Schutz vor kriminellen Übergriffen bauen kann. Leider können wir in dieser Hinsicht wenig Positives erkennen.

Die bisherige Aufklärungsquote für die o. g. Straftaten lautet: 0 (in Worten: null). Das ist nicht nur unbefriedigend, sondern geradezu unverständlich.

Laut polizeilicher Aussage umfasst der potentielle Täterkreis eine Personengruppe im unteren zweistelligen Bereich, der zum großen Teil namentlich bekannt ist.

Wir fragen uns, wie es sein kann, dass diese Gruppe bisher unbehelligt agieren konnte und engagierte Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirks attackiert werden. Bei uns ist der Eindruck entstanden, dass in der Vergangenheit nicht mit der nötigen Akribie gearbeitet worden ist.

Wir fordern Sie auf, gemeinsam als Abgeordnete der Neuköllner Einwohnerschaft in einer großen Anfrage den Schutz des demokratischen Engagements im Berliner Abgeordnetenhaus zur Sprache zu bringen.

Erstunterzeichner:

Claudia von Giléu, Christian von Giléu, Mirjam Blumenthal, Detlef Fendt, Christiane Schott